

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

5.12.1884 (No. 158)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995812](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995812)

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M. Inseratenpreis für die 4spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Redaction: Gaststraße 1. Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 158.

Freitag, den 5. Dezember

1884.

Ein Mahnwort an unseren Oberkirchenrat.

Wir bescheiden uns zwar im allgemeinen gern in die reservierte Stellung, die von pastoraler Seite der Tagespresse mit Vorliebe anempfohlen wird, sobald es sich um Vorgänge des inneren kirchlichen Lebens handelt, allein es giebt auch auf diesem Gebiet Fälle, in denen das „Floctere si nequeo Danos, Acheronta movebo“ Platz greift und wo auch die Tagespresse ihre Pflicht schlecht verstehen und noch schlechter erfüllen würde, wollte sie die Hände in den Schoß legen und ruhig abwarten, bis eine Abhilfe nicht mehr möglich ist.

So bedauerlich auf der einen Seite das gestern in diesem Blatte geschilderte scandalöse Auftreten des Kandidaten Willms in Zwischenahn ist mit Rücksicht einestheils auf die zunächst betroffene Gemeinde, andernteils auf das gesamte kirchliche Leben, so ist doch auf der anderen Seite von großer Bedeutung und von besonderem Wert, daß dieser Vorgang zu einer Zeit eingetreten ist, wo noch Hülfe am „grünen Holz“ möglich erscheinen muß. Man wird sich noch allgemein der unliebsamen Ereignisse in Nastede erinnern, welche vor ungefähr Jahresfrist oder wenig länger durch die Intoleranz desselben Kandidaten Willms hervorgerufen wurden. Wir wissen zwar nicht, was ohne die unmittelbar bevorstehende Rückkunft des großherzoglichen Hofes nach Nastede in diesem Falle geschehen sein würde, allein soviel steht doch fest, daß es schon damals unser Oberkirchenrat für angezeigt hielt, den bewußten Kandidaten plötzlich aus seiner Stellung zu entfernen und als Hilfsprediger nach Zwischenahn zu versetzen. Ist auch von seiner bisherigen dortigen Wirksamkeit so gut wie nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, so hat es uns wenigstens doch zu keiner Zeit an teilweise recht interessanten Nachrichten über die merkwürdige Art und Weise, wie der Herr Kandidat dort seiner Amtes waltete, gefehlt. Was den sonderbaren Herren bisher noch einigermaßen in Schranken zu halten vermochte, war die leitende Hand des verstorbenen Herrn Kirchenrat Henken und der Rücksicht auf dieses ehrwürdige Haupt ist es wohl in erster Reihe mit zu danken, daß nicht schon längst auch aus der Gemeinde Zwischenahn die Nothschreie über das Gebahren und die Anmaßungen des sonderbaren Seelhorsers an die Öffentlichkeit gedrungen sind.

Doch kaum hatten sich die Augen seines Herrn und Meisters geschlossen, so kam sofort die ganze Anmaßung und Unduldsamkeit des Kandidaten Willms wieder zum Vorschein und zwar — man sollte es kaum für menschenmöglich halten — über der Leiche des von der ganzen Gemeinde verehrten und betraurten Henken. Wir wollen hier nicht auf die Einzelheiten zurückkommen, die Pietätlosigkeit ist eine so hochgradige, daß selbst Herr Willms nicht instande sein dürfte, derselben noch eine Krone aufzusetzen.

Angeichts solcher Vorgänge muß sich aber doch die Frage aufdrängen: Ist es im Interesse der evangelisch-lutherischen Kirche unseres Landes, daß ein Aspirant des geistlichen Amtes auch nur einen Tag noch länger im Dienste der Kirche erhalten wird? Die Antwort muß u. E. ent-

schieden verneinend ausfallen. Der Einfluß, den ein solcher angeblicher Diener Christi auf seine nächste Umgebung nicht nur, sondern auf das gesamte kirchliche Leben eines Landes ausübt, kann nur ein verderblicher sein. Selbst in einer noch so kirchlich gesinnten Gemeinde wird seine Thätigkeit jede Spur von Kirchlichkeit beseitigen, die Gemeinde wird sich dem kirchlichen Leben unter einem solchen Regiment überall entfremden, und Zustände, wie wir sie ja leider seit länger als einem Menschenalter in Tossens haben, würden zweifelsohne gleichzeitig mit einem Pfarrer Willms eintreten. Solche Zustände in irgend einer Gemeinde unseres Landes herbeizuführen, kann und darf aber die Absicht unseres Oberkirchenrates nicht sein. Herr Willms hat durch seine bisherige Probezeit mehr als genügend bewiesen, daß er nicht instande ist, zum Segen seiner christlichen Mitbürger eines Pfarramtes zu walten, er hat also seine Probezeit nicht bestanden, also: verjage man ihn einfach die Ordination, man streiche ihn sofort aus der Liste der Predigtamtskandidaten. Durch seine bisherige Thätigkeit hat sich Hr. Willms noch kein Anrecht auf Anerkennung in unserer Kirche erworben und eine Umkehr auf andere Bahnen ist von ihm ausgesprochenemmaßen nicht zu erwarten. Mag der Mangel an Theologen noch so groß sein: besser für jede Gemeinde, keinen Seelsorger zu besitzen, als einen solchen!

Deutscher Reichstag. Berlin, 3. Dezbr. 7. Sitzung. (Ausführlicher Bericht.)

Tagesordnung: Antrag Windthorst, betr. Aufhebung des Expatrierungsgesetzes.

Abg. Dr. Windthorst weist, indem er die Annahme des Antrags empfiehlt, darauf hin, daß der Antrag wiederholt vom Reichstage schon angenommen, vom Bundesrat verworfen worden, wodurch dem Volke tiefe Schmerzen bereitet worden. (Zustimmung.) Da kommt man zu der Frage, ob in Deutschland das Parlament überhaupt noch eine Bedeutung habe. (Sehr richtig!) Ueber die Grenzen Deutschlands hinaus habe man die rücksichtslose Behandlung empfunden. Als die Wogen des Kulturkampfes am höchsten gingen, habe man das Gesetz erlassen, das nicht bloß den niedern Klerus, sondern auch die Bischöfe gefährde, nicht einmal das Socialistengesetz habe solche Härten geschaffen, denn die Socialisten könnten wenigstens im Vaterland bleiben. Man könnte die Frage aufwerfen, ob der Bundesrat seinen übereilten Beschluß nicht etwa zurücknehmen wolle; für diesen Fall solle sein Antrag nicht präjudizieren. Man könne auch einwenden, es wäre nicht nötig, den Antrag sofort zu wiederholen. Ja, wann solle er denn wiederholt werden? Der Antrag solle die erregten Gemüther wieder beruhigen und darum habe er ihn sofort eingebracht und deshalb sei er eine patriotische That. Wir sind von unsern Wählern beauftragt zu fordern, was unser Recht ist, daß unsere Priester nach dem gemeinen Rechte

behandelt werden. Fesselt man die Kirche in dieser Weise, so kann sie ihre Aufgabe, die Autorität aufrecht zu erhalten, nicht erfüllen. Der Staat vermag mit seiner Allgewalt diese Autorität nicht aufrecht zu erhalten. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Graf Behr-Behrenhof (Reichspartei) erklärt sich namens seiner Partei gegen diesen Antrag, der erst vor kurzem vom Bundesrat verworfen sei. Eine Annahme des Antrags würde einen Mangel an Rücksicht gegen den Bundesrat bedeuten. Der Antrag ist eine Demonstration, an der wir uns nicht beteiligen. (Widerspruch im Centrum; Beifall rechts.)

Abg. Blos (Socialdemokrat). Der Antrag, dem er zwar zustimmen werde, laufe auf eine Art Schacherpolitik hinaus. Da möchte er den Hrn. Windthorst an seine früheren Worte erinnern, nach welchen es hier im Hause eine politische „Fraktions-Dreh Scheibe“ gäbe. Das Centrum möge doch einmal in socialer Beziehung Stellung nehmen, in seiner jetzigen sei es den Socialisten nur hinderlich, weil es zur Regierung in der Opposition stehe. Mache es Frieden mit der Regierung, so bessere es dadurch die Chancen der Socialisten. Seitdem sich die Zahl der Freunde für das Socialistengesetz im Centrum so erheblich gemehrt habe, glauben die Socialisten nicht mehr an eine Abneigung des Centrum gegen Ausnahme Gesetze.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben den Antrag, der heute wieder vorliegt, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Wenn Sie trotzdem diesen Antrag wiederholt dem Bundesrate zustellen, so liegt darin eine Stellungnahme des Reichstages, die ich nur als eine Mißachtung der verbündeten Regierungen bezeichnen kann. (Widerspruch im Centrum.) Wenn Sie den Beschluß des Bundesrats eine Mißachtung der Rechte des Reichstags nennen, so erwidere ich Ihnen, daß diese Mißachtung ganz auf Ihrer Seite ist. Der Bundesrat würde die sich niemals erlauben, Sie in väterlicher Milde zu einer Zurücknahme voreilig gefaßter Beschlüsse aufzufordern. (Sehr richtig!) Gerade so wie Sie Vorlagen des Bundesrats nach sorgfältiger Ueberlegung ablehnen, eben so hat der Bundesrat als maßgebender Faktor der Gesetzgebung das Recht, die hier gefaßten Beschlüsse abzulehnen. Es ist nicht nützlich und keineswegs eine Anerkennung der Rechte des Bundesrats, durch Mehrheitsbeschlüsse gleichsam eine PreSSION auszuüben, ihn dadurch einschüchtern zu wollen. Ob es im Interesse des Ansehens des Bundesrats wie des Reichstages ist, wenn der letztere dem ersteren immer wieder ein verschmähtes Gesicht vorsetzt, das will ich nicht entscheiden. Ist denn überhaupt hier eine Gefahr im Verzuge? (Zawohl! im Centrum.) Das Gesetz ist nur unter dem Minister Falk in Preußen angewendet worden, aber in den anderen Bundesstaaten und in Preußen unter den Ministern v. Puttkamer und v. Goshler nie in Gebrauch gewesen. Von den 280 Geistlichen, die den Konsequenzen des Gesetzes ausgesetzt gewesen sind, sind

Fenilleton.

Aus einer kleinen Stadt.

Novelle von A. Koller. (Fortsetzung.)

IV.

Es hatte seine Wichtigkeit mit dem Balle, von welchem Baron Linsberg seinem Freunde aus der Residenz gesprochen, und wer in das Innere der Häuser hätte blicken können, welche „die Gesellschaft“ der kleinen Stadt bildeten, oder werden Damencafés beigewohnt hatte, die heute in dieser, morgen in jener Familie stattfanden, der würde unschwer erkannt haben, daß für die kleine Stadt ein großes Ereignis in Aussicht stehe, welches, wie das die Wohntheit aller „großen Ereignisse“ zu sein pflegt, seinen Schatten vorauswarf. Der erste Klubball in einer kleinen Stadt! Welche Fülle von Hoffnungen und Befürchtungen bei jungen, ältlichen und alten Damen. Wie freudig und ängstlich pocht das junge Herz jener „Bachfische“, die ihrem ersten Balle entgegensehen! Das ist ja der große Tag, von dem das Kind schon gehört in jenen Zeiten, da die erwachsene Schwester als „Ballkönigin“ gefeiert wurde. Wird ihr dasselbe Glück blühen? — und was wird das Ende sein? — wird sie gleich der einst gefeierten, älteren Schwester verblühen und nach wenigen Jahren auch an den „Rückzug“ denken müssen? oder wird ihr das Schicksal günstiger sein und die goldene Frucht in ihren Schoß werfen, — eine der in der kleinen Stadt so seltenen „guten Particien“?

Der schmutze Lieutenant Brandes, fast der einzige Bürgerliche unter den Husarenoffizieren, ist ihr in der letzten Zeit so häufig begegnet; täglich reitet er auf seinem arabischen Apfelschimmel vor ihrem Hause vorbei; täglich sieht er, während das Pferd unter ihm courbettiert, zu dem Fenster hin-

auf, hinter welchem er sicher ist, zu einer bestimmten Stunde immer die junge Dame zu erkennen, und nie verfehlt er, einen Gruß hinauszuschicken, bei dessen Erwidrung sie immer bis zu den Schläfen erröthet. Wird er den bedeutungsvollen Kotillon mit ihr tanzen? sie zu Tische führen? Und das junge Mädchen senkt die Lider über die Augen, und allmählich überkommt sie im Wachen ein schöner, herrlicher Traum, wie sein Arm ihre Taille umfängt, und sie sicher und doch leicht mit ihm dahinfliegt durch den weiten Saal, immer geleitet von dem Takte der Regimentsmusik. Warum muß dieser schöne Traum gerade in diesem Augenblicke unterbrochen werden durch die etwas laute Stimme einer älteren Bekannten, welche schon im vorigen Winter die Bälle besucht hat. Ja, wer an deren Stelle wäre! Mit welcher Sicherheit diese die Namen so vieler Herren herzuführen und schon jetzt anzugeben weiß, wer den ersten, zweiten, dritten Walzer, wer die Française, und wer den Kotillon mit ihr tanzen wird! Und wie sie, achselzuckend, fast ein wenig spöttisch, zu ihr, die doch höchstens anderthalb Jahre jünger als jene ist, im Tone der überlegenen Weltkame spricht: „Na Kleine, mache Dir nur keine zu große Hoffnungen! So ein erster Ball ist eigentlich nur ein Abend der Enttäuschung! Viel besser wäre es, man könnte gleich mit dem zweiten oder dritten den Anfang machen. Du kennst ja eigentlich niemanden von den Herren, und dann lieben die Herren Offiziere ganz und garnicht die Unterhaltung der Bachfische!“ Diese Worte gaben der Zuhörerin fast einen Stich ins Herz. Sie hätte der Uebermüthigen widersprechen und sagen mögen, daß es doch ganz anders stehe; daß sie wohl einen sehr hübschen Herrn, einen vorzüglichen Tänzer kenne, der gewiß ihre Unterhaltung nicht verschmähen werde. Aber ach! das dürfte sie ja nicht! sie mußte schweigen; hatte sie den, an welchem das kleine Herz hing, doch noch niemals gesprochen. Sie durfte ihr Geheimnis nicht verraten; denn es war ja möglich, —

fast traten ihr bei dem Gedanken die Thränen in die Augen, — es war ja möglich, daß er sich gar nicht um sie kümmerte. So mußte der Bachfisch also schweigend, wenn auch mit heißem Kopfe die „Weltkame“ von ihren sicheren Triumphphen weiter erzählen hören.

Ach ja, diese Sicherheit! wer die zeigen durfte! so seufzte auch eine andere, schon hoch in den zwanzigern stehende Dame, vor einem Jahre noch die anerkannte Ballkönigin der kleinen Stadt; doch seit dem letzten Winter fühlte sie ihren Thron erschüttert. Was hatte es ihr und der Mutter genügt, daß seit zehn Jahren kein Ball veranstaltet war. Bald hatte dieser, bald jener Herr ihr gehuldigt; aber einer nach dem andern hatte das Feld geräumt; der eine war in eine andere Stadt gezogen, der andere hatte eine andere geheiratet, und im letzten Winter hatte ihre Tanzkarte oft sehr unangenehme Lücken gezeigt. Da war auf dem letzten Balle Baron Linsberg als Netter erschienen; ihr Vater war Bürgermeister der kleinen Stadt, und der Baron hatte als Adjutant des Regiments-Commandeurs gleich nach seiner Ankunft mit jenem geschäftliche Verhandlungen zu führen gehabt; infolge einer solchen Verhandlung war er mit der Familie des Bürgermeisters in Beziehung gekommen, hatte Auguste, die Tochter des Stadthauptes, kennen gelernt, und da er noch nicht Zeit genug gefunden, Besuche zu machen, auf jenem letzten Balle des vorigen Winters mit der namentlich abends noch recht hübschen Dame häufiger getanzt, als unter anderen Verhältnissen wohl geschehen sein würde. Er hatte in diesem Falle ganz ohne Berechnung gehandelt; denn das nicht unbedeutende Vermögen des Herrn Bürgermeisters, was für einige der Kameraden vielleicht ein Anziehungsmittel gewesen wäre, ließ ihn völlig kalt. Er hatte kaum je ernstlich daran gedacht, „seine Freiheit zu verkaufen.“ Auch wäre ihm der Preis, der hier geboten werden konnte, unter allen Um-

alle diejenigen wieder begnadigt worden, die um Rücknahme ihrer Abfertigung eingekommen sind oder für die es ihr Bischof gethan hat. Es sind im Ganzen noch grade 27 so zu sagen verschollene Geistliche übrig, die durch das Gesetz getroffen worden sind, die aber auch der Vorteile der Wiedereinsetzung teilhaftig geworden wären, wenn sie selbst eingekommen oder ihre Vorgesetzten sich ihrer angenommen hätten. Wir wissen nicht, ob diese 27 noch leben oder ob sie die im Auslande etwa gefundenen Stellungen wieder aufgeben würden. Wenn Sie nun jetzt, trotzdem das Gesetz seit fünf bis sechs Jahren nicht im Gebrauch ist, wahre Sturmpetitionen um Aufhebung desselben hervorrufen, wenn Sie drei Wochen, nachdem der Bundesrat diesen Antrag abgelehnt hat, denselben wiederholen, dann stellen Sie damit eine Art von Gefälschtem Gut dem Bundesrat gegenüber auf, dann wollen Sie den Bundesrat demütigen, dann versehen Sie ihn, um mit Herrn v. Schorlemer zu reden, einen Schlag ins Gesicht. Damit werden Sie doch gewiß keine Verständigung mit der Regierung erzielen. Es scheint mir überhaupt, daß hier in Deutschland einflußreiche Kräfte thätig sind, die durch Ausübung einer Pression, durch Hervorrufung irgend eines Streites, und sollte er auch mich nur persönlich betreffen, jedes mal unsere Hoffnung auf eine endgültige Versöhnung mit Rom vernichten. Es ist dies doch eine eigentümliche Erscheinung, die sehr zum Nachdenken auffordert, die beweist, daß diese einflußreichen Kräfte ein großes Interesse daran haben müssen, daß der Kampf mit Rom nie aufhört. (Sehr gut!)

Der Antrag hat bei der letzten Abstimmung eine große Majorität gefunden. Dieselbe war aber nicht etwa davon überzeugt, daß das Gesetz wirklich so schädlich und drückend sei, daß es aufgehoben werden müsse. Sie hatte auch gewiß keine Kenntnis von der überaus geringen Anwendung des Gesetzes. Die Fortschrittspartei, die sich jetzt deutschfreisinnig nennt, hat für den Antrag gestimmt, weil sie erwartete, daß sie bei anderen Fragen und auch bei den Wahlen dafür vom Centrum unterstützt werden würde. Dieses Verfahren, das man ein „dem Centrum den Hof machen“ nennen kann, hat der Fortschrittspartei denn auch wiederholt große Vorteile gebracht. Die Konservativen haben aus ähnlichen Gründen und wohl auch aus Unkenntnis der geringen Anwendung des Gesetzes für den Antrag gestimmt. Der Antrag ist nun vom Bundesrat abgelehnt worden. Was die Gründe anlangt, aus denen diese Ablehnung erfolgt ist, so bin ich nicht berufen, diese Motive zu erforschen und zu Protokoll zu geben, die die einzelnen Regierungen dabei geleitet haben. Der Bundesrat stimmt über Motive nicht ab, er stimmt Ja und Nein, grade wie der Reichstag, und die Thatsache, daß ein Antrag die Majorität gefunden hat, genügt grade wie bei Ihnen. Ich stehe aber gar nicht an, diejenigen Motive anzugeben, durch welche die preussische Regierung, welche zu der ablehnenden Majorität gehörte, ihrerseits veranlaßt worden ist, der Majorität des Reichstags in dieser Hinsicht nicht beizutreten. Es liegen die Gründe auf dem Boden verschiedener Ressorts. Ich bin auch hinsichtlich des preussischen Kultusministeriums zu einer Kritik nicht berufen; ich weiß nicht, ob für die Zwecke, die das preussische Unterrichtsministerium im preussischen Staate zu erfüllen hat, der Fortbestand dieses Gesetzes, die Möglichkeit, es wieder zu gebrauchen, von erheblichem Wert ist. Ich glaube aber, daß dies in betreff der rein deutschen Gebiete des preussischen Staates wahrscheinlich nicht der Fall ist. Ich kenne den politischen Teil dieses Ressorts nicht. Wenn ich also sage: ich weiß nicht, ob das Kultusministerium seinerseits noch Wert darauf legt oder es für notwendig hält, dieses Gesetz aufrecht zu erhalten, so kann ich meine persönliche Ansicht nur mit allem Vorbehalt aussprechen. Es würde sich manches anders gestalten haben, wenn es möglich gewesen wäre, eine Gesetzgebung zu erlassen, welche eine Scheidelinie zwischen den Landesteilen deutscher und polnischer Nationalität zöge. Meiner Ueberzeugung nach könnte dieses Gesetz, so weit die deutsche Zunge reicht, einfach zurückgenommen werden. (Hört! Hört!) In den polnischen Gebieten aber liegt die Frage anders. Ob dort dieses Gesetz noch einmal wird Anwendung finden müssen, weiß ich nicht. Es kann einmal ein Moment eintreten, in welchem die nationalpolnische Bewegung für Preußen sehr un bequem wird.

Wenn ich auch meine, daß uns diese Eventualität, welche eine Friedensstörung voraussetzt, fern liegt, so möchte ich Sie doch an die Lage vom Jahre 1863 erinnern. Wenn es damals zum Kriege gekommen wäre, der im Wunsche der

ständen zu gering gewesen; Fräulein Auguste aber hatte sicher auf diese, wie sie sich seufzend gestand, „legte Chance“ gerechnet, und nun sollte sie es erleben, daß eine verheiratete Frau durch ihre Koketterie den Baron an sich zog und denselben ihr, der Tochter des Bürgermeisters, abspenstig machte. Fräulein Auguste war außer sich, und die Frau Bürgermeisterin ebenfalls ganz entrüstet, und mit ihrer gerechten sittlichen Entrüstung machten beide in allen möglichen Häusern Besuche über Besuche, frequentierten nachmittägliche Kaffee- und abendliche Theegesellschaften, waren überall und gegen alle Welt ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit die Freundlichkeit und die Güte und die Liebenswürdigkeit in einer Person und ließen überall und gegen alle Welt freien Lauf ihrer gerechten sittlichen Entrüstung. Und diese gerechte sittliche Entrüstung fand überall den gebührenden Widerhall. Da fand sich nicht eine, welche die junge, freundlose Frau in Schutz genommen, geschweige denn, daß eine entweder sie selbst oder wenigstens das allgemein geachtete Stadtkind, Johannes Georgius, auf die Gefahr, welche der Unerfahrenen drohte, aufmerksam gemacht hätte. Nein, es begab sich hier eine jener scheinbaren Unmöglichkeiten, daß trotz der Enge der Verhältnisse das Ohr der Nächstbeteiligten taub bleibt gegen das Spottlied, welches die Späßen auf den Dächern pfeifen.

(Fortsetzung folgt.)

russischen, aber nicht der preussischen Regierung lag, so würde es sehr ins Gewicht gefallen sein, ob die preussische Regierung in den polnischen Ländern vollständig Herr war. Und ist einer unter Ihnen, der damals, 1863, die Ereignisse von 1866 und 1870 voraussah? Ich führe das nur an zum Beweise dafür, wie wenig man in der Politik auf die Zukunft, die man augenblicklich übersehen, die kaum 24 Stunden weit reicht, rechnen darf. Wir sind durch mehrere glückliche Kriege in die Lage gekommen, die polnische Bewegung nicht so unmittelbar fürchten zu müssen: wir können durch eine oder mehrere unglückliche Kriege in eine Lage kommen, in der wir alle Kräfte brauchen, in der alle Mittel notwendig sind, eine Bewegung, die dem preussischen Staate gefährlich werden könnte, niederzuhalten. Ich habe aber noch — und zwar werde ich das sine ira et studio mit der Ruhe eines Schachspielers — einen Blick auf unsere Parteiverhältnisse zu werfen. Eine konstitutionelle Regierung muß sich eine Mehrheit zu schaffen suchen, auf die sie möglichst dauernd rechnen kann, um Wechsel des Systems thunlich zu vermeiden. Dabei kann sie sich verschiedene Kombinationen denken. Wäre es nun wünschenswert, eine Mehrheit zu bilden, in der die Konservativen, das Centrum und die Nationalliberalen ihren Platz hätten, dann würden sich darunter Elemente finden, welche es ablehnen würden, zusammenzuwirken. Das Centrum würde nicht mit den Nationalliberalen, kaum mit den Freikonservativen, zusammengehen; ob mit den Deutschkonservativen, das weiß ich nicht — dieselben sind ja fürs Centrum von einer großen Hingebung befeelt (Heiterkeit) — ob das Einverständnis andauernd wäre? Wir haben doch recht heftige Auseinandersetzungen erlebt. Ich will aber einmal annehmen, es ginge, und die Regierung wollte nun ihr System auf eine Unterstützung durch Konservativen und Centrum dauernd einrichten, dann würden wir auch in der Lage sein müssen, auf die Unterstützung des Centrums als eine dauernde zu rechnen. Aber ein konfessionell gemischtes Staatswesen deutscher Nation, welches ausschließlich auf die Unterstützung des Centrums und der römischen Kirche angewiesen wäre, ist auf die Dauer nicht zu halten. (Sehr wahr!) Haltbar ist es nur dann, wenn es zeitweise auch in die Lage kommt, die Unterstützung, welche ihm von der römischen Geistlichkeit gewährt wird, vorübergehend entbehren zu können. Ich bin weit entfernt, weiter vielleicht, als Sie glauben, dem Centrum nicht entgegenzukommen. Die Partei hat vieles für sich, was mich für sie im Vergleich mit anderen einnimmt, sie hat eine monarchische Einrichtung (Heiterkeit), sie hat Disciplin, man kann mit ihr rechnen; aber sie hat eine Gefahr: man kann sich nicht mit ihr einlassen, ohne sich ihr mit Leib und Seele zu verschreiben. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Es würde mir außerordentlich lieb sein, wenn ich einen modus vivendi wüßte, ohne mich und den Staat dem Centrum geradezu auszuliefern. Die Befürchtung, daß der Kampf immer wieder erneuert werden wird, daß jede Konzession immer nur Ausgangspunkt für neue Forderungen werden wird, hat niemand mehr bestätigt, als der absolute Leiter des Centrums, der Abg. Windthorst, welcher in Aussicht gestellt hat, daß es mit diesem Kampfe noch nicht zu Ende sein würde, daß noch viel schärfere Kämpfe folgen würden. Er nannte die Schule, die ich nicht, was sonst noch. Ich fürchte, daß bei diesem Bestreben ein Frieden nicht eher möglich sein werde, als wenn alles vernichtet ist, was der Herrschaft der Kirche Schranken entgegenstellt. Wir können keine Konzessionen mehr machen, so lange wir der Gegenkonzessionen nicht sicher sind.

Es handelt sich hier ja um eine verhältnismäßige Kleinigkeit, aber Sie verlangen sie ohne Gegengabe. Die Kurie hält noch immer an ihren alten weltlichen, d. h. ghibellinenfeindlichen Beziehungen fest. Alle diese natürlichen Beziehungen der Kurie würden gegen eine Regierung ins Gewicht fallen, die auf die Unterstützung des Centrums und damit indirekt auf das Wohlwollen der Kurie angewiesen wäre. Wir können nicht verlangen, daß der oberste Priester der römischen Kirche auf einen evangelischen deutschen Kaiser mit eben demselben Wohlwollen blicke, wie etwa auf einen polnischen König. Sie dürfen es nicht als einen reinen Ausfluß von Willkür und Rechthaberei ansehen, wenn wir zu Ihrer vorliegenden Forderung Nein sagen. Es ist vielmehr eine Sache von großem Ernst und großer Tragweite, und zwar deshalb, weil die Freundschaft zwischen Regierung und Centrum nicht um Kleinigkeiten zu haben ist. Sie verlangen das Ganze oder gar nichts, und das Ganze können wir Ihnen nicht geben. (Sehr richtig! rechts.) Ich hörte früher Aeußerungen des Mißfallens, als ich sagte, daß der Schwerpunkt der Centrumpolitik außerhalb Deutschlands liegt. Jedensfalls ist die preussische Regierung genötigt, einen modus vivendi mit den preussischen Katholiken am Rhein und in Westfalen und mit den polnischen Unterthanen in Rom zu suchen. Da ist ein Feld, wo die Frage, ob dieses Gesetz angenommen oder abgelehnt werden soll, von dem materiellen Inhalte des Gesetzes loszulösen ist.

Die Unterhandlungen mit der römischen Kurie schweben nunmehr seit über sechs Jahren. Es war im August 1878, als ich mit dem Kardinal Masella Unterhandlungen anknüpfte. Die Summe der Konzessionen, die Preußen anbot, war ganz bedeutend; darunter war auch die Ernennung eines Gesandten beim Vatikan. Ich war in den Kampf eingetreten, als mir der unwiderlegliche Beweis geliefert worden war, daß unter Leitung der Geistlichkeit in Westpreußen und Schlesien polonisiert wurde (Hört! hört!), und das in einer Weise, daß die Enkel deutscher Einwohner, mit deutschem Namen, nicht mehr wußten, daß sie Deutsche waren, nicht deutsch sprechen konnten, sich für Polen hielten. Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß diese ganze polonisierende Thätigkeit ihren Ausgangspunkt in Berlin hatte, in der katholischen Abteilung des Kultusministeriums. Das war der Grund, warum ich Front machen und diese polonisierende Thätigkeit an der Wurzel, der katho-

lischen Abteilung, beschneiden mußte. Die damaligen Unterhandlungen von 1878 boten nun Aussicht, zu einem Abkommen zu gelangen, wir waren so gut wie einig; da traf die auffällige Nachricht ein, daß der Kardinal-Staatssekretär Nina unerwarteter Weise erkrankt und gestorben sei. (Hört! hört!) Die Versuche, durch beiderseitiges Entgegenkommen zum Frieden zu gelangen, wurden fortgesetzt, wir kamen aber nicht vorwärts. Darauf habe ich versucht, mit Konzessionen voranzugehen, gewissermaßen Vorstoß zu leisten, in der Hoffnung, die Kurie würde, wenn sie sähe, daß es uns ernst sei, uns mehr entgegenkommen. Es traten die bekannten zahlreichen Erleichterungen der Seelsorge, die Aufhebung der Sperre, die Freiheit der Spendung der Sakramente, die Einsetzung vieler Bischöfe ein; kurz, wir haben an Konzessionen bedeutenden Vorstoß geleistet. Wie wir nun zur Herbeiführung des Friedens gelangen wollen, das ist Sache der Diplomatie, jedes Eingreifen von anderer Seite würde stören. Im vorigen Sommer glaubten wir schon vollständig einig zu sein, wir haben deswegen von dem jetzt wiederholten Antrage gar keine Notiz genommen. Seitdem hat sich die Situation wesentlich geändert. Es scheint nach Rom gemeldet worden zu sein, daß, wenn man nur recht auf die Regierung drückte, sich parlamentarisch unentbehrlich machte und sich mit den der Regierung feindlichen Parteien verbände, die Regierung auch ohnedies werde nachgeben müssen. (Widerpruch im Centrum.) Ich habe nun als Diplomat den Eindruck, daß wir jetzt in der Lage sind, ruhig abzuwarten, ob endlich in Rom eine Spur von Neigung zum Entgegenkommen bemerkbar wird: wir werden uns freuen, wenn uns Gelegenheit gegeben wird, weiter zu unterhandeln, aber wenn von uns einseitige Konzessionen verlangt werden, so sage ich, daß von unserer Seite auch nicht um Haars Breite nachgegeben werden wird. (Beifall rechts, Oh! im Centrum.) Wir werden vollständig bereit sein, auf Unterhandlungen einzugehen, die uns entgegengebracht werden, aber nicht weiter. Aus diesem Grunde können wir auch die heute geforderte kleine Konzession nicht gewähren. Die Verhandlungen über die Befegung des Bischofsstuhles von Posen und Gnesen sind noch immer nicht beendet. Die preussische Regierung läßt sich von dem Grundsatz leiten, daß sie nur einem solchen Prälaten ihr Placet geben kann, von dem sie ganz sicher ist, daß er keine Sympathie für die Bestrebungen hat, die polnisch sprechenden Landesteile, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, von Preußen loszureißen. (Beifall.) Wir können in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was die Polen die Wiederherstellung der Republik Polen nennen, mit Wohlwollen aufnimmt. Wenn uns eine geeignete Persönlichkeit nicht geboten wird, so wird das Erzbistum Posen-Gnesen vakant bleiben, so lange die jetzige Regierung am Ruder ist. Die Konzession, die Sie heute von uns fordern, halte ich materiell nicht für sehr bedeutend; nur glaube ich, daß wir die Konzessionen, die wir überhaupt noch machen können, aufsparen müssen, um sie als Äquivalent gegen Konzessionen von der anderen Seite zu verwerten und um den Frieden zu gewinnen, der uns bisher überlegter Weise verlagert worden ist, damit man mehr aus uns herauspresse. Wir müssen jetzt suchen, keine Konzessionen mehr anzubieten, sondern Entgegenkommen zu erwarten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst. Die ruhigen Erklärungen des Fürsten Bismarck haben ihm in der Form sehr wohlgethan, aber das deutsche Bürgerrecht könne man doch nicht so aufpassen, daß es auf Grund so strenger Gesetze so leicht eingebüßt werden könne. Der Reichskanzler hätte sich doch die Gewißheit verschaffen sollen, ob der preussische Kultusminister das Gesetz nicht brauche. Nur zu religiösen, nicht zu politischen Zwecken sei das Gesetz gegeben und da könne man, wolle man das Gewissen nicht belasten, keinen Unterschied zwischen polnischen und anderen Katholiken machen. Ist der preussische Staat so schwach, daß er die Polen nicht bändigen kann? Solche Maßregeln seien gefährlich, und könnten die Polen zum Aufbruch zwingen, denn das Volk habe es stets verstanden, die Tyrannen zu vernichten, welche ihre Religion antasteten (Beifall im Centrum — hört! hört! bei den Socialdemokraten). Der Kanzler habe sich in hervorragender Weise an den Kulturkampf beteiligt, es hätte aber nur eines Briefes an Herrn v. Goshler bedurft und die Sache wäre erledigt gewesen. Vor Deutschland behaupte er hier, daß in dieser Sache nichts geschehe ohne die Zustimmung des Reichskanzlers und so lange das Gesetz bestehen bleibe, bleibe auch die ganze Maßregelung ohne eine wesentliche Aenderung bestehen. — Die Ernennung der Bischöfe war eine Konzession der allerbedeutendsten Art seitens des römischen Stuhles und wäre sie nicht gemacht worden, dann hätten wir noch ganz andere Dinge erlebt. Die Notstände seien trotz der Nothilfe noch nicht beseitigt. Noch in weiten Bezirken Preußens haben die Katholiken keine Gelegenheit die Messe zu hören und die Sakramente zu empfangen. Redner fordert den Zustand, den Friedr. Wilhelm IV. in Königsberg feierlich verkündete, der Frieden müsse herbeigeschafft werden, denn es könne auf vielen Gebieten heißen: „Du hast die Geister gerufen, aber bannen kannst du sie nicht.“ Der Kanzler sagt, der Antrag sei eine Verletzung des Bundesrats, aber der Bundesrat ist der Reichskanzler und an ihn habe ich mich zu halten. Ich hoffe, er wird sich die Sache noch einmal überlegen. Bei dem in Deutschland herrschenden System kann das Centrum niemals eine eigene Regierungspartei werden, die Regierung braucht Parteien, die ruhig jede Sache prüfen und danach handeln. Wenn der Kanzler von den wechselnden Konstellationen der Parteien spricht, so ist er selbst von der Schuld daran nicht frei, so auch in diesem Falle. Ohne die von uns verlangten Freiheiten können wir nicht leben, sie sind uns mehr wert, als alles andere. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet haben wir bisher die Regierung unterstützt, nicht aber um der Regierung ein „do ut des“ zu geben, sondern weil wir diese Reform für nötig hielten. Ohne das Centrum ist seither kein Gesetz zu stande gekommen und dafür hat man es denn verleumdete und sich nicht ge-

scheut, die socialdemokratischen Wahlen auf sein Conto zu setzen. Wenn die Lage der Arbeiter und kleinen Leute gebessert werden soll, werde ich für sociale Reformen stets eintreten, aber bei ihrer Umgestaltung der ganzen heutigen Gesellschaft werden mich die Socialisten als ihren unerbittlichen Gegner finden. Es sieht bös aus im Reich. Wegen der Matricularbeiträge sollen wir zwar kein Defizit haben, und doch werden diese von den Steuerzahlern getragen. Denke doch die Regierung nicht daran, schließlich ihren Willen mit Bajonetten durchzuführen zu wollen, denn diese werden von Männern aus den unteren Klassen getragen. Wir glauben, daß ein so oft angenommener Antrag doch in dem Volkswillen seine Entschiedenheit haben muß, und darum sollte sich der Kanzler nicht sträuben, das Gesetz aufzuheben. Für uns ist die Annahme oder Ablehnung eine bedeutame Manifestation, wie man über die Gewissensfreiheit denkt und wenn die Nationalliberalen dafür Sinn haben, müssen sie für unseren Antrag stimmen. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Das Recht, eine persona minus grata abzulehnen, ist ein alt hergebrachtes des Staates. Die Freunde des Vorredners haben ihre Sache mit einer Lebhaftigkeit und Erregtheit verteidigt, die ansteckend wirkt, und es wäre wohl gut, wenn man den Ton so drücken könnte, wie er gesprochen wird. Glauben Sie denn, daß der Bundesrat „pater peccavi“ sagen würde, und dann könnten Sie nach 8 Tagen denselben Antrag noch einmal einbringen. Kann der Steuerzahler nicht soviel Steuern zahlen, als das Reich braucht, muß es seinen Geschäftsbetrieb eben einschränken. Bis jetzt ist noch wenig Hoffnung auf Auflösung. Sie scheinen große Hoffnungen auf diesen Reichstag gesetzt zu haben; aber es ist sehr leicht möglich, daß wir einmal 3 Jahre erleben, ohne daß ein größeres Gesetz zu stande kommt. Eine Auflösung ist immer das Zugeständnis der Regierung, daß sie ohne Hilfe der Majorität nicht weiter kann. Und wenn nun eine Auflösung die gleiche Majorität, wie heute ergäbe, und ich würde zurücktreten, so käme der Vorredner auch nicht weiter. Die Organisation und Disziplin des Centrums ist zu bewundern. Wenn der Vorredner glaubt, es geschähe in den Maigesetzen nichts ohne mein Wissen, so ist er im Irrtum. Die Personen, welche sich noch im Auslande befinden, sind nicht wegen Neffelesens und Spendens von Sacramenten im Auslande, sondern wegen politischer Agitation. Ich muß ein für allemal der Zumutung widersprechen, als ob ich auch für gewisse Dinge aus den preussischen Ressorts, die hier zur Debatte kommen, hätte rechtzeitig Informationen einziehen können. Das Centrum könnte in ein besseres Verhältnis zur Regierung treten, wenn es sich auf seinen konfessionellen Standpunkt beschränken und von seinen politischen Annexen befreien wollte. (Beifall.)

Abg. v. Gräve (Pole) erklärt die Angriffe des Kanzlers auf das Centrum für unbegründet; es scheine, als ob sich der Kanzler in der Tagesordnung geirrt und über den Antrag über Zulassung der polnischen Sprache spreche. Wir verlangen nichts als Gerechtigkeit im Staat, wir sind keine Reichsfeinde und kann ich nur versichern, daß das Expatriierungsgesetz uns in unsern national-polnischen Bestrebungen nicht geschadet hat. (Beifall im Centrum und bei den Polen.) Abg. v. Helderhoff-Bedra (deutsch-kons.) Aus den Darlegungen des Reichskanzlers gehe hervor, daß bei der Entwicklung des Kulturkampfes auswärtige Verhältnisse mitgewirkt haben und die Schuld dafür trage das Centrum. Hr. Windthorst habe durch seine Darlegungen dem von ihm vertretenen Standpunkt nicht genügt. Die Vertreter des Centrums betonen stets nur die Interessen der Kirche. Wir werden deshalb gegen den Antrag stimmen. Abg. Frhr. v. Schorlemer-Mst. Wenn die Herren von der Rechten gegen den Antrag stimmen, so werden sie davon großen Schaden haben. Wenn es den Socialdemokraten sauer wird, für den Antrag zu stimmen, so sollen sie es lieber bleiben lassen. Diese Herren haben noch niemals etwas Positives geleistet, und sollten sich ihre Ideale verwirklichen, so würden die Köpfe dieser Herren, die heute an der Spitze stehen, nicht fest sitzen. Wenn der Reichskanzler gewollt, würde der Bundesrath für den Antrag gestimmt haben und dabei scheint der Kanzler selbst von der Bedeutungslosigkeit des Gesetzes überzeugt zu sein. Von der Ansicht des Kanzlers hängt es auch ab, ob der preussische Kultusminister für die Aufhebung des Gesetzes ist. Der Kanzler sagt zwar, er werde den Reichstag nicht auflösen, wer weiß, ob diese Ansicht 3 Jahre lang anhält! Wir hängen nicht von Rom ab. (Widerspruch rechts — Wiederholte Zustimmung im Centrum.) Es ist ja bekannt, daß man von Rom eine Beeinflussung des Centrums verlangt hat, daß sie aber abgelehnt wurde mit dem Hinzufügen, daß man einen solchen Einfluß nicht besitze. Wir lieben unser Vaterland ebenso, wie der Kanzler, es ist aber doch gefährlich, 18 Millionen Katholiken permanent in Unfrieden leben zu lassen. Der gesammte Kulturkampf richtete sich gegen die katholische Kirche und die Kurie hat sich doch zu Unterhandlungen herbeigelassen. Will der Kanzler weiter kämpfen, wir sind dazu bereit und will der Kanzler nichts bewilligen, bevor ihm neue Konzessionen gemacht sind, so steht er auf dem Standpunkt des „do ut des“, den wir nicht einnehmen. Durch die Beschuldigung, daß wir uns mit revolutionären Elementen einlassen, lassen wir uns nicht schrecken. (Beifall im Centrum.)

Abg. Stöcker wird für den Antrag stimmen, weil ihm die Gründe des Kanzlers nicht genügen. Wenn er dafür stimme, wolle er damit ausdrücken, daß er bereit sei, auf der Bahn der Versöhnung vorzugehen. Er stehe nicht auf dem Boden der diplomatischen Politik, wie der Kanzler, sondern auf dem der Volksmeinung, er würde nur gegen den Antrag stimmen, wenn der Kanzler verspräche, in der nächsten Zeit die ganze Maigesetzgebung zu reformieren. Allerdings habe ihn bei den Wahlen das Bündnis zwischen Centrum und Fortschrittspartei sehr überrascht. In solchen wichtigen Fragen könne er allerdings dem Prinzip des „do ut des“ nicht zustimmen, aber das Centrum solle sich ent-

gegenkommender zeigen. Im Kampf um die Schule werde er das Centrum nicht unterstützen. Abg. v. Magdzinski (Pole). Nach den Ausführungen des Kanzlers sollen die Polen nur der Sündenbock des Expatriierungsgesetzes sein. Die national-polnische Agitation ist nur durch die Unterdrückung hervorgerufen, welche Polen von der Regierung zu leiden hatte. Der durch das Gesetz geschaffene Zustand ist ein unwürdiger, der das Uebel nur noch verschlimmert. Abg. Richter (Hagen). Seine Partei werde für den Antrag stimmen, weil es sich um ein Ausnahmegesetz handle. In dieser Frage habe es thätlich nur ein Ministerium Bismarck gegeben, kein Ministerium Falk, v. Puttkamer oder v. Goshler, wie der Kanzler meine. Das Centrum kann nach der Anschauung des Kanzlers nichts erreichen, sondern nur mit Hilfe der Konservativen. Diese thun aber nur, was der Kanzler will. Der Kanzler stellt eine Auflösung des Reichstags, an die man allgemein glaubt, in Zweifel; will er das nicht, so ist sein Auftreten und sein Verhalten allerdings unerklärlich und animiert durchaus nicht zur Bewilligung neuer Steuern. Was der Kanzler von der Mißachtung des Reichstags sage, passe viel eher auf den Bundesrat.

Berlin, 4. Dezbr. 8. Sitzung.

Der Reichstag machte sich heute über den Antrag der Wahlprüfungscommission, welcher eine Beschleunigung des Prüfungsverfahrens erstrebt, noch nicht schlüssig, sondern verwies denselben, nach sehr eingehender Debatte an die Geschäftsordnungskommission. Dasselbe geschah mit einem zum Teil sympathisch aufgenommenen Antrag des Abg. v. Reichenbach, der in seinem zweiten Passus der Wahlprüfungscommission die Befugnis erteilt, die Untersuchung von behaupteten Unregelmäßigkeiten zu veranlassen, was also den Wegfall der Beanstandung von Wahlen durch das Plenum zur Folge haben würde. — Bei der alsdann begonnenen Spezialberatung des Stats erklärte sich Abg. Richter mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage gegen die vorgeschlagenen Befoldungsverbesserungen für Subalternbeamte in der Reichskanzlei. Man überwies schließlich die betr. Position, deren Bewilligung seitens des Reichskanzlers, des Abg. Graf Bismarck und anderer unter Hinweis auf den überaus schweren Dienst der Beamten dringend befürwortet wurde, der Budgetkommission. — Aus Sparsamkeitsrücksichten beantragte Abg. Richter beim Militäretat, die Bezüge an Rationen für höhere Offiziere zu ermäßigen, sowie die Kompetenzen für Generalärzte, Intendanten u. zu streichen. Es handelte sich, wie der Antragsteller ausführte, um Pferde, die nicht vorhanden seien und doch gefüttert werden müßten. Außer dem Kriegsminister trat auch Abg. v. Köller für unverkürzte Bewilligung der Positionen ein. Letzterer beliebte wieder einmal, als berufener Sachverständiger aufzutreten und dem Redner der Linken in bedauerndem Tone Unkenntnis in militärischen Dingen vorzuwerfen, erzielte aber nur einen Heiterkeitserfolg. Auf Vorschlag des Abg. v. Huene ging der ganze Titel „Kriegsminister“ an die Budgetkommission. — Morgen wird die Statsberatung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Dezember.

— Herzog Paul von Mecklenburg, der zum Katholicismus übergetretene Bruder des Großherzogs, hat sich am 1. ds. mit seiner Gemahlin in Triest eingeschifft, um eine Reise nach Ostindien zu machen. Als Landungsort ist Bombay in Aussicht genommen. Die Herrschaften reisen unter dem Namen eines Barons und Baronin von Malchin. — Bei der Abstimmung über den Antrag Windthorst stimmten von den Deutschconservativen 15 mit ja, 37 mit nein, 21 fehlten; von der Reichspartei fehlte die eine Hälfte, die andern 14 stimmten mit nein. Von den 50 Nationalliberalen fehlten 17, die anwesenden stimmten mit nein.

— Nach den bisherigen Erwägungen wird die Weihnachtspause des Reichstages voraussichtlich am 18. Dezember beginnen und bis zum 6. Januar n. J. währen.

— Der „Reichsanzeiger“ publiziert die Ernennung des Staatssekretärs Graf Hagfeldt und der Minister v. Puttkamer, v. Goshler und Dr. Lucius zu Bevollmächtigten zum Bundesrat und die bisherigen Bevollmächtigten, Unterstaatssekretäre Dr. Busch, Herrfurth und Geh.-Ob.-Reg.-Rat Bohmann zu stellvertretenden Bevollmächtigten. Auffällig erscheint, insbesondere angesichts der gestrigen Rede des Reichskanzlers zum Antrag Windthorst, die Berufung des Kultusminister v. Goshler in den Bundesrat.

— In der Kommission zur Vorberatung der Postdampfervorlage sind die Deutschfreisinnigen durch die Abgeordneten Bamberger, Broemel, E. Richter und Stiller vertreten. Von den Nationalliberalen gehören die Abgg. Dr. Gammacher, Voermann und Meier (Bremen) der Kommission an.

— Als Unterantrag zu dem Eventual-Antrag Grillenberger wegen Abänderung des § 75 des Krankenkassengesetzes hat der Abg. Lipke (deutschfreisinnig) folgenden Antrag vorbereitet: „Versicherungspflichtige Personen, welche einer auf Grund der Gesetze vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884 errichteten eingeschriebenen Hülfskasse oder einer auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hülfskasse, für welche ein Zwang zum Beitritt nicht besteht, beitreten, können, wenn diese Kassen den Vorschriften des § 75 des Gesetzes vom 15. Juli 1883, betreffend die Kranken-Versicherung der Arbeiter genügen, bis zum 1. Juli 1885 jederzeit ohne Einhaltung der im § 19 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 vorgeschriebenen Frist nicht nur aus der Gemeinde-Kranken-Versicherungskasse, sondern auch aus den übrigen im § 4 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 aufgeführten Zwangskassen ausscheiden. Auch von dem Abg. Struckmann (nat.-lib.) wird ein Unterantrag angekündigt, demzufolge die Mitglieder der freien Hülfskassen, deren Statuten bis zum 1. Dezember

nicht genehmigt worden sind, und die demnach, da sie einer gesetzlich anerkannten Kasse nicht angehören, zum Eintritt in Zwangskassen verpflichtet sind, bis zum 1. Juli 1885 das Recht des Austritts aus der letzteren haben sollen, wenn inzwischen die Statuten die Genehmigung erhalten. Dieser Antrag würde nur demjenigen Teil der Arbeiter zu gute kommen, welcher bisher schon freien Hülfskassen angehört hat, nicht aber denjenigen, welche beabsichtigten, neu zu bildenden Hülfskassen beizutreten und die an der Ausführung dieser Absicht dadurch thätlich behindert werden, daß die Statuten nicht rechtzeitig die Genehmigung der Behörden erhalten haben. Der Antrag Lipke berücksichtigt beide Kategorien und stellt überdies sämtlichen Arbeitern den Eintritt in freie Hülfskassen bis zum 1. Juli 1885 frei.

— Der im Reichstag wieder eingebrachte Antrag Kabis wegen Aufhebung des Diktaturparagrafen in dem Gesetz über die Verfassung von Elsaß-Lothringen trägt dieses Mal nur die Unterschriften der Elsaß-Lothringer, der Polen und des dänischen Mitgliedes des Reichstags.

— Der „Elberf. Z.“ schreibt man aus Kreuznach, 1. Dezember: Der in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte Brief eines Rorheimer Bauern an den Fürsten Bismarck, worin sämtliche Kreuznacher Weinändler als „Weinschmierer“ hingestellt werden, hat hier die ganze Bürgerschaft in Aufregung gebracht. Mit Recht ist man empört darüber, daß der Weinhandel einer ganzen Stadt in so schwerer Weise vor der ganzen Welt diskreditirt wird, daß der Brieffschreiber sich nicht scheut, gegen alle Geschäfte ohne Ausnahme jene schwere Anklage der Unveiltät zu erheben, obwohl wir doch hier zahlreiche Firmen haben, welche sich durch ihre Reeltät einen Ruf in der ganzen Welt erworben haben. Heute Abend tritt der kaufmännische Verein zusammen, um über die in dieser Angelegenheit zu unternehmenden Schritte zu beraten.

— Es bestätigt sich, daß die Eleven der militärärztlichen Bildungsanstalt verpflichtet worden sind, den Vorlesungen des Dr. Schwenninger regelmäßig beizuwohnen; bis jetzt sind diese die einzigen Hörer des Herrn Professor.

— Beim Reichsgerichte zu Leipzig waren gestern schon sämtliche Einlasskarten zu dem am 15. d. M. beginnenden Anarchisten-Prozess vergriffen.

— Die starken Schneefälle, welche, verbunden mit Sturm, in den letzten Tagen im Osten des Staates eingetreten sind, haben auf den Eisenbahnen in diesen Landesteilen erhebliche Betriebsstörungen verursacht.

Ausland.

Wien, 4. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Finanzminister den Staatsvoranschlag für das Jahr 1885 vor. Das Gesamterfordernis des kommenden Jahres wird in demselben mit 519 893 166 Fl., die Bedeckung mit 504 816 961 Fl. nachgewiesen, wonach sich ein Abgang von 15 076 205 Fl. ergibt.

Paris, 4. Dez. Der Ministerrat beriet gestern Abend von 9 Uhr bis gegen Mitternacht im Elysee über die Lage. Auf dringendes Ansuchen Grevy's und der Minister erklärte sich der Minister des Innern bereit, auf seinem Posten zu verbleiben. Der Ministerrat entschied sich dafür, die Wahlreformvorlage im Senate einzubringen und die Annahme des von der Kommission der Kammer acceptierten Systems zu verlangen. Ferry und Waldeck werden heute in der Kommission der Kammer erscheinen.

London, 4. Dez. Stanley hielt in Edinburg eine Rede, worin er sich für die Anwesenheit eines Regierungsbeamten am Kongo aussprach, der die Zahlung eines kleinen Beitrags zur Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt garantiren würde. Der Redner erklärte sich wiederholt gegen die portugiesischen Forderungen. Der König von Belgien und Stanley sind zu Mitgliedern der schottischen geographischen Gesellschaft ernannt. — Reuters Bureau meldet bezüglich der von ihm über den Tod des Mahdi gebrachten Nachricht, daß nach einer Depesche aus Kairo vom 3. ds. bis jetzt weder dem Rheidive, noch Baring von Wolfeley oder vom Mudir von Dongola eine Nachricht über den Tod des Mahdi zugegangen sei.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 5. Dezember.

— Vor Kurzem ist schon an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß im Laufe dieses Monats unsere allverehrte Frau Dietrich ihr vierzigjähriges Bühnenjubiläum feiern wird. Am 12. Dez. werden vierzig Jahre verfloßen sein, seitdem Frä. Friße die Bretter unserer damaligen Hofbühne betreten hat. Wie sie in ihren Jugendjahren als ausgezeichnete Soubrette reiche Triumphe gefeiert hat, so hat ihr das Publikum seine Gunst in unverkürztem Maße durch alle späteren Stadien der Künstlerlaufbahn bewahrt und noch heute gehört Frau Dietrich zu den besten und beliebtesten Schauspielerinnen. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß auch seitens der Theaterleitung dieses Tages gedacht werden wird. Hoffentlich wird der Jubilarin nicht nur Gelegenheit geboten werden, an ihrem Ehrentage in einer ihrer Glanzrollen aufzutreten, sondern man wird ihr zu den anderen Lasten auch noch die goldene aufbürden, d. h. ihr eine Benefizvorstellung gewähren.

— Die deutsche Seewarte zu Hamburg erläßt unterm gestrigen Datum folgende Sturmwarnung: Ein neues tiefes Minimum über der Nordsee macht stürmische südwestliche und westliche Winde wahrscheinlich.

Neubremen, 3. Dez. Gestern hielten die Mitglieder des Schulausschusses der Ortschaften Neubremen, Ropperhorn und Weg eine Versammlung ab. Der Schulbau ist

zum nächsten Frühjahr zu erwarten. Obgleich anfänglich nur eine zweiklassige Schule in Aussicht genommen, wird das Gebäude für eine mehrlässige Schule eingerichtet, da die Vergrößerung Neubremens vorauszusehen ist. Schon jetzt sind verschiedene Baupläne verkauft und scheint die Bauhätigkeit beim Eintritt des Frühlings hier recht bedeutend zu werden. (W. L.)

Aus der Nachbarschaft.

Wilhelmshaven, 3. Dez. Endlich wird nun die Ueberdachung unseres Bahnhofsperrens in der ganzen Ausdehnung des Bahnhofsgebäudes ins Werk gesetzt. Die Eisen-Konstruktion des Daches, auf soliden Säulen ruhend, ist vollendet, und erfolgt die Eindeckung mit Wellblech und Glas. Außerdem wird für die Restauration der so notwendige Gaskeller angelegt. (W. L.)

Hannover, 4. Dezbr. Zu der bekannten Affaire zwischen Nachwächtern und Offizieren berichtet der „Hann. C.“, daß das Oberlandesgericht zu Celle die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Landgerichts, das Hauptverfahren gegen die beteiligten Nachwächter wegen Körperverletzung nicht zu eröffnen, zurückgewiesen hat.

Vermischtes.

Ueber einen neuen Kannibalismus wird aus Philadelphia berichtet: Drei Mitglieder der Mannschaft eines bei Lewes, in Delaware, stationierten Postbootes verfielen ihr Bot und trieben in einem Rachen in das Meer hinaus. Nach einigen Tagen der größten Entbehrungen aßen zwei der Männer Teile der Leiche ihres Gefährten, der seinen Leiden erlegen war. Die zwei Männer wurden später von einem vorbeifahrenden Schiffe aufgenommen.

Schiffsnachrichten.

Brake, 3. Dezbr. Laut Depesche aus Batavia ist die deutsche Bark „Phönix“, Braue, dort vorgestern glücklich von Mauritius angekommen. An Bord alles wohl.

Bremen, 4. Dezbr. (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Verra“, Kapit. J. Barre, welcher am 26. November von Newyork abgegangen war, ist heute 2 Uhr morgens wohlbehalten Lizard passiert.
Der Postdampfer „Ems“, Kapit. Ehr. Leist, ist heute 10 1/2 Uhr morgens wohlbehalten Dover passiert.
Der Postdampfer „Nürnberg“, Kapit. A. Jaeger, welcher am 19. Nov. von Bremen abgegangen war, ist gestern Morgen wohlbehalten in Baltimore angekommen.
Der Postdampfer „Amerika“, Kapit. G. Meyer, hat gestern die achte diesjährige Reise nach Baltimore angetreten.

Waaren-Berichte.

Bremen, 4. Dezbr. Tabak. Umsatz 20 Faß Virginia (Primings), 56 Seronen Havana. — Baumwolle ruhig. Jan. 55 1/2 S, Febr. 56 S, März 56 1/2 S, April 57 S, Mai 57 1/2 S, Juni 58 S. — Schmalz, Wilcox. Loko 40 1/2 S, Dezbr. 39 1/2 S, Elfton Loko 39 1/2 S. — Reis lustlos. — Wolle. Umsatz 39 Ballen Buenos Ayres. — Petroleum, raff. Standard white. (Offizielle Matler-Preisnotierungen der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loco 7 M 35—40 S, bezahl. Jan. 7 M 50 S, Febr. 7 M 60 S, März 7 M 65 S, April 7 M 70 S.
Berlin, 4. Dezember. Weizen, per Dezember 154,00, April-Mai 162,25 M. Gef. 6000 Ctr. Roggen, per Dezbr. 141,25, April-Mai 139,75 M. Gef. 4000 Ctr. Hafer, per Dezember 132,00, April-Mai 134,00 M. Gef. — Ctr. Kübel, loco mit Faß 51,20, ohne Faß 50,40, per Dezember 51,00, April-Mai 52,20 M. Gef. — Ctr. Spiritus loco 43,40, per Dezbr.-Jan. 43,70, April-Mai 45,10, Juli-Aug. 47,00 M. Gef. — l. Petroleum, per Dezbr. 24,50, Jan.-Febr. 24,40, Febr.-März 00,00 M. Gef. — Ctr.

Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht		gekauft	verkauft
vom 5. Dezember 1884.			
4 1/2%	Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 M im Verkauf 1/4% höher.)	103,20	103,75
4 1/2%	Oldenburger Consols (Stücke à 100 M im Verkauf 1/4% höher.)	102,25	103,25
4 1/2%	Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Jeverische Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Barelter Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Dammer Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Wildeshauer Anleihe (Stücke à M 100)	100,25	—
4 1/2%	Braker Sielachts-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Oldenburger Stadt-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Oberfeiner Stadt-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,45	101,45
4 1/2%	Landständische Central-Pfandbriefe	101,60	102,15

3 3/4%	Oldenburger Prämien-Anleihe per Stück in M	147,25	148,25
4 1/2%	Cutin-Libeder Prior.-Obligationen	100,75	—
3 1/2%	Hamburger Staatsrente	93,60	94,15
4 1/2%	Preussische consolidirte Anleihe	102,90	103,45
4 1/2%	Preussische consolidirte Anleihe	102,10	—
5 1/2%	Italienische Rente (St. von 10000 fr. u. darüber)	96,70	97,25
5 1/2%	Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	96,80	97,50
5 1/2%	Russische Anleihe von 1884	96,55	97,10
4 1/2%	Salzkammergut-Prioritäten, garantiert	94,10	94,65
4 1/2%	Schwedische Hypothekbank-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 M im Verkauf 1/4% höher.)	95,30	95,85
4 1/2%	Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekbank	99,50	100,50
4 1/2%	do. do. Braunschw.-Hannov. do.	100,30	—
4 1/2%	do. do. do. do.	98,20	98,75
4 1/2%	do. do. Preussische Boden-Credit-Akten-Bank	98,45	99
5 1/2%	Borussia-Prioritäten	100,25	—
4 1/2%	Norddeut. Lloyd-Prioritäten	99,20	99,75
—	Oldenburger Spar- und Leih-Bank-Aktien (Vollges. Actie à 300 M 4 1/2% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	—
—	Oldenburger Eisenhütten-Aktien (Augustifehn) 4 1/2% Zins vom 1. Juli 1884.)	—	87
—	Oldenb.-Portug. Dampfsch.-Aktien (4 1/2% Zins vom 1. Janr. 1884.)	—	118,50
—	Oldenburger Versicherungsgesellschafts-Aktien per Stück ohne Zinsen in M	—	—
—	Wechsel auf Amsterdam kurz für 100 in M	168,20	169
—	„ „ London kurz für 1 M	20,415	20,515
—	„ „ New-York kurz für 1 Doll.	4,18	4,235
—	Holländ. Banknoten für 10 Gldn.	16,75	—

Marktbericht.

Oldenburg, 3. Dezember 1884.

kg	S	kg	S
Butter, Waage 1/2 kg	— 85	Eier, das Dutzend	— 85
Butter, Markt 1/2 kg	— 90	Hühner, à Stück	— 1
Rindfleisch 1/2 kg	— 60	Enten, zahme à Stück	— 1,40
Schweinefleisch 1/2 kg	— 55	Krammetsvögel à St.	—
Lammfleisch 1/2 kg	— 55	Kartoffeln, 25 Liter	— 80
Kalbsteck 1/2 kg	— 45	Burgeln 4 Bund	— 10
Honig 1/2 kg	— 60	Wairiben à Liter	— 08
Schinken, geräuch., 1/2 kg	— 80	Zwiebeln à Liter	— 10
Schinken, frisch 1/2 kg	— 50	Schatotten, à Liter	— 15
Speck, geräuchert, 1/2 kg	— 70	Blumenkohl, à Kopf	— 50
Speck, frisch, 1/2 kg	— 55	Hasen à St.	—
Mettwurst, geräuch., 1/2 kg	— 90	Torf, 20 HL	— 4 50
Mettwurst, frisch, 1/2 kg	— 60	Ferkel 6 Wochen alt	— 10

Als besonders preiswert zu Weihnachts-Geschenken passend empfiehlt:

Einen großen Posten reinleinenene Taschen-Tücher, vollständig fehlerfrei, Kleiderstoffe von den billigsten bis zu den feinsten, Winter- und Regenmäntel, Weisse und farbige Schürzen, Fertige Damen-Wäsche in allen Preisen, Reise- und Tischdecken, sowie Regenschirme, Gardinen, Möbelstoffe u. Teppiche

S. Mahlo.

Großherzogl. Theater.
Freitag, den 5. Dezbr. 48. Abonn.-Vorst.
Die Makkabäer.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Ludwig.
Sonntag, den 7. Dezbr. 49. Abonn.-Vorst.
Der Verschwander.
Zaubermärchen mit Gesang in 3 Akten von Ferdinand Raimund.

Theater-Restaurant.
Sonnabend, den 6. Dezember d. J.
musikalische
Abend-Unterhaltung,
ausgeführt von der Kapelle des 19. Drag.-Regiments unter Leitung des königl. Stabs-trompeters Herrn **Feussc.**
Anfang 8 Uhr. Entree 20 S.
F. Humke.



Schlittschuhe
in großer Auswahl zu billigst gestellten Preisen.
Oldenburg. Georg Nolte.

Hochfeinen Schweizerkäse, desgleichen echten **Edamer,** sowie echten **Limburger Käse** empfiehlt **W. Stolle.**

Gesucht
zum 1. Januar ein gewandtes zuverlässiges Mädchen vom Lande, 18—20 Jahr alt, welches auch mit der Wäsche umzugehen weiß.
Gaststraße 1, 1. Treppe.

Inserate
in sämtliche Oldenburgische, Bremische, Hannoverische, sowie in alle andere auswärtige Blätter werden durch die

Annoncen-Expedition
von **Büttner & Winter**
(gegründet 1868),
in Oldenburg,
unter Berechnung nach den Originalpreisen u. ohne alle Nebenkosten, prompt und discret vermittelt.
Kostenvoranschläge werden auf Wunsch gern vorher aufgestellt. — Zeitungs-Cataloge werden auf Verlangen gesandt und zwar gratis und franco.

B. Sprengel & Co., Hannover.
Königliche Hof-Chocoladen-Fabrik.
ff. Trink- und Speise-Chocoladen,
rein Cacao und Zucker, besonders reichhaltig an Cacao, vom feinsten Aroma,
grösste Auswahl in Chocoladen-Desserts
ff. leichtlösliche entölte **Cacaos** (100 Tassen aus 1 Pfd.)
Specialität:
Leichtlösliche Malzextract-Puder-Chocolade
(50 Tassen aus 1 Pfd. nur durch Aufgiessen kochenden Wassers zu bereiten)
zutrüglichsstes Morgen- und Abendgetränk für Gesunde und Kranke.
Preis pro Pfd. 2 M. 60 S.
Eisen-Anthracit-Chocolade,
bewährtestes Mittel gegen chronischen Magen-Catarrh, Magenkrampf, Bleichsucht und Blutarmuth,
Preis pro Pfd. à 60 Täfelchen 3 M.
In **Oldenburg** zu haben in allen besseren Droguen- und Colonialwaaren-Handlungen.

Beste doppelt gesiebte
Nusskohle

liefern ich täglich frei ins Haus, oder ab Lager an der Bahn um den Fuhrlohn billiger. Trotz wesentlicher Steigerung der Kohlenpreise an den Zechen liefere ich bei baldigster Bestellung des Winterbedarfs zu vorjährigen Preisen.

Georg Mahlstedt,
Osterstraße 2.

Wurst,
1/2 kg 80, 90, 100, 120, 140, 160 Pf.
empfiehlt **W. Stolle.**

Schöne hochstämmige Obstbäume und Pyramiden
vorrätig
Saarenstr. 23.

Kirchennachricht.
Am Sonnabend, 6. Dezember.
Abendmahls-Gottesdienst (11 Uhr) Pastor Dr. Partisch.
Beichte (3 Uhr): Pastor Roth.
Am Sonntag, den 7. Dezember.
1. Hauptgottesdienst (9 Uhr): Pastor Willms.
2. Hauptgottesdienst (10 1/2 Uhr): Pastor Roth.